Stand: 06.11.2025 05:01:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/1664

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2024/2025; hier: Unterstützung des Vereins Bayerisches Feuerwehrerholungsheim für die Erweiterung des Restaurants (Kap. 03 23 neuer Tit. 893 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/1664 vom 11.04.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2054 des HA vom 22.04.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 20 vom 05.06.2024 (EPL 3)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 11.04.2024 **Drucksache 19/1664**

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Josef Zellmeier, Holger Dremel, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böltl, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Manuel Knoll, Harald Kühn, Werner Stieglitz, Martin Stock CSU**,

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Unterstützung des Vereins Bayerisches Feuerwehrerholungsheim für die Erweiterung des Restaurants
(Kap. 03 23 neuer Tit. 893 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 23 wird ein neuer Tit. 893 01 „Zuschuss für Investitionen an den Verein Bayerisches Feuerwehrerholungsheim e. V.“ mit einem einmaligen Ansatz für das 2024 von 1.250,0 Tsd. Euro ausgewiesen.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Im Bayerischen Feuerwehrerholungsheim wird eine Restauranterweiterung nötig, da die Bewirtungskapazitäten nicht mehr ausreichen. Es werden dort zunehmend größere Gruppen bewirtet und es gibt insgesamt mehr Gäste. Damit ist die Unterbringungskapazität höher geworden. Diese soll in absehbarer Zeit weiter ansteigen, da die Aufstockung und Sanierung des Hauses Untersberg ab 2026 avisiert ist. Weiterhin nutzen die Feuerwehren und Kreisfeuerwehrverbände aus dem Umland das Restaurant für Versammlungen und Besprechungen. Das derzeitige Restaurant wird demnach vorwiegend durch eigene Gäste des Feuerwehrerholungsheims genutzt; externe Gästen frequentieren das Restaurant nur teilweise.

Die Feuerwehren leisten einen wertvollen Beitrag zur Sicherheit in Bayern. Die finanzielle Unterstützung des Vereins bei der Restauranterweiterung zur Verbesserung der Attraktivität des Erholungsangebots im Feuerwehrerholungsheim sind ein besonderer Ausdruck von Wertschätzung des Freistaates Bayern für das außerordentliche Engagement der bayerischen Feuerwehrfrauen und -männer.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2054 des HA vom 22.04.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann
Abg. Daniel Artmann
Abg. Stefan Löw
Abg. Christian Lindinger
Abg. Florian Siekmann
Abg. Holger Dremel
Abg. Christiane Feichtmeier
Abg. Gülseren Demirel
Abg. Bernhard Heinisch
Staatsminister Joachim Herrmann
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Haushaltsplan 2024/2025

Einzelplan 03

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 19/1597 mit 19/1612)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 19/1613 mit 19/1619)
Interfraktioneller Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 19/1620)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 19/1621 mit 19/1651)
Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 19/1652 mit 19/1668)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 19/1669 mit 19/1673)

Auch für diesen Einzelplan beträgt die Gesamtredezeit nach der Festlegung im Ältestenrat 45 Minuten. Die Redezeiten dürften Ihnen mittlerweile bekannt sein.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/1625 und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihren Änderungsanträgen auf den Drucksachen 19/1609 und 19/1610 namentliche Abstimmung beantragt haben. Zudem hat die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 19/1649 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Daniel Artmann für die CSU-Fraktion.

Daniel Artmann (CSU): Verehrter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan 03 bildet die Säule für einen sicheren und starken Staat. Das ist gerade in diesen Zeiten besonders wichtig. Der Innenhaushalt erhöht sich mit jeweils rund 8,4 Milliarden Euro für 2024 und 2025 um 14 % gegenüber 2023. Dieser Haushalt ist auch ein personalintensiver Haushalt. Insgesamt werden im Doppelhaushalt 2024/2025 868 neue Stellen auf den Weg gebracht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese wuchtige Schwerpunktsetzung entspricht in dreierlei Hinsicht unserem bayerischen Staatsverständnis:

Erstens. Wir stehen für einen starken und wehrhaften Staat. Die Sicherheit der bayerischen Bürgerinnen und Bürger hat für uns höchste Priorität. Wir schaffen daher mit diesem Doppelhaushalt noch mal 770 neue Stellen für unsere Polizei. Auch das Polizeibudget erreicht mit insgesamt über 1,1 Milliarden Euro über beide Haushaltsjahre ein neues Rekordniveau. Damit können unter anderem die Erneuerung der Hubschrauberflotte und die digitale Ausstattung unserer Beamtinnen und Beamten vorangetrieben werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Bayern ist das sicherste Bundesland. Damit dies so bleibt, ist dieser Aufwuchs notwendig. Auch wenn im Freistaat die Kriminalitätsbelastung mehr als ein Drittel unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt und die Aufklärungsquote bundesweit am höchsten ist, kann sich auch Bayern im Grundsatz dem bundesweiten Anstieg an Straftaten nicht entziehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind alle schockiert von dem feigen islamistischen Mord in Mannheim; meine Gedanken sind bei der Familie des jungen Polizisten. Unsere Polizistinnen und Polizisten verdienen unseren größten Respekt und Rückhalt für ihre tägliche Arbeit,

(Allgemeiner Beifall)

und zwar nicht nur in diesen Tagen, sondern immer. Die schreckliche Tat macht aber auch deutlich, dass wir endlich eine Kampfansage unserer Demokratie an den radikalen Islam brauchen. Es darf aber nicht wieder nur bei Lippenbekenntnissen bleiben.

Als Bayernkoalition haben wir eine klare Haltung: Wir ducken uns nicht weg, wir beschönigen oder relativieren die Entwicklung nicht, sondern wir handeln. Deshalb werden neben 142 weiteren Stellen zur allgemeinen Verstärkung der Landratsämter auch 8 zusätzliche Stellen für das Bayerische Landesamt für Asyl und Rückführungen geschaffen. Es ist nämlich nicht zu leugnen, dass ausländische Straftäter in der Kriminalstatistik weit überdurchschnittlich vertreten sind. Konsequentes Vorgehen gegen ausländische Straftäter ist das eine, genauso konsequent ist der Freistaat aber auch bei der Hilfe für diejenigen, die sie benötigen und unsere Werte achten.

Wir müssen heuer mit einem ähnlich hohen Flüchtlingszustrom wie 2023 rechnen, daher sieht der Doppelhaushalt insgesamt rund 6,8 Milliarden Euro für die Integration von Zuwanderern und die Unterbringung von Asylbewerbern vor. Darüber hinaus geht der bayerische Anteil aus der Flüchtlingsmilliarde des Bundes in Höhe von rund 159 Millionen Euro zu drei Vierteln direkt an unsere Kommunen. Man darf aber nicht verschweigen, dass damit der größte Teil der Sachausgaben des Einzelplans 03 die Haushaltsmittel für Asyl und Migration ausmachen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der Bund muss sich endlich viel mehr an den von ihm mit verursachten Lasten steigender Migration in den Kommunen beteiligen. Die Bundesregierung stellt für das Jahr 2023 nur insgesamt 3,75 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Summe gleicht aber nicht einmal ansatzweise die Kosten für Unterbringung und Versorgung aus, und die vielfältigen sonstigen Leistungen von Ländern und Kommunen, etwa in den Bereichen Schule, Kita, Wohnen, kommen noch hinzu.

Um es noch einmal deutlich zu machen: Die Migrationskosten der Länder und Kommunen beliefen sich allein im Jahr 2023 auf über 23 Milliarden Euro. Das ist mehr als das Sechsfache der Mittel, welche der Bund zur Verfügung stellt. Nicht nur die Kosten sind immens, sondern auch unsere Kommunen sind schon lange bei ihrer Belastungsgrenze bei der Unterbringung und Betreuung angekommen. Den hohen Anteil an ausländischen Straftätern hatte ich bereits angesprochen. Die Bundesregierung muss jetzt schnellstmöglich einen grundlegenden Kurswechsel in der Asylpolitik herbeifüh-

ren. Der Freistaat nutzt die eigenen Handlungsmöglichkeiten konsequent: Die Einführung der Bezahlkarte und nationale Grenzkontrollen seit Ende 2023 sind wichtige Instrumente. Dies zeigt sich im Rückgang der Zugänge; diese konnten wir im Herbst vergangenen Jahres halbieren. Bayern war mit seiner Grenzpolizei wieder einmal Vorreiter.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist auch klar: Während wir die irreguläre Migration stoppen müssen, brauchen wir dringend qualifizierte Zuwanderung. Es kann doch nicht sein, dass man leichter ohne Pass und ohne berechtigten Grund nach Deutschland kommt und auf der anderen Seite dringend benötigte ausländische Fachkräfte an unserer Bürokratie scheitern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Daher schaffen wir mit dem Doppelhaushalt 10 zusätzliche Stellen zur Verstärkung der Zentralen Stelle für die Einwanderung von Fachkräften und der Koordinierungs- und Beratungsstelle Berufsanerkennung sowie 10 zusätzliche Stellen für die Bereiche Approbationsanerkennung und Berufszulassung. Zusammengefasst zeigt dies, dass wir viel in einen starken und wehrhaften Staat und seine Verwaltung investieren.

Zweitens. Der vorliegende Einzelplan bringt auch zum Ausdruck, dass wir uns bewusst sind, dass der Staat alleine bei Weitem nicht in der Lage ist, alle Aufgaben zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen. Das wurde besonders in den vergangenen Tagen deutlich. Ohne die Einsatzkräfte und ehrenamtlichen Helfer, die seit Tagen Häuser evakuieren, Autos befreien, Sandsäcke befüllen und Menschen retten, könnten solche Krisensituationen nicht bewältigt werden. Vielen Dank an dieser Stelle an alle Helfer für diesen großartigen Einsatz! Bayern hält zusammen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gerade deshalb setzen wir als Regierungskoalition auf die Eigenverantwortung aktiver Bürger im Ehrenamt, speziell bei den Blaulichtorganisationen und in unseren Vereinen. Mit diesem Haushaltsentwurf werden wir dieses Engagement auch weiter bestmöglich unterstützen. Es entstehen 22 zusätzliche Stellen im Bereich der Staatlichen Feuerwehrschulen. Schon im vergangenen Jahr hat der Freistaat die Förderfestbeträge für den Feuerwehrhausbau verdoppelt und die Festbeträge für die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und -geräten um 30 % erhöht. Die Aufwendungen für den Katastrophenschutz werden in den beiden Haushaltsjahren 2024 und 2025 um insgesamt gut 24 Millionen Euro auf annähernd 81 Millionen Euro erhöht. Für die Errichtung eines Bayerischen Zentrums für Alpine Sicherheit der Bergwacht Bayern stellen wir im Doppelhaushalt insgesamt 15 Millionen Euro bereit.

Drittens. Mit dem Einzelplan wird unser klares Bekenntnis zum Sport deutlich. Sport hat in seiner Vielfalt eine große soziale und integrative Wirkung. Aus diesem Grund räumt der Freistaat Bayern sowohl dem Leistungssport mit seiner repräsentativen Wirkung als auch dem Breitensport mit seiner Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt hohe Priorität ein.Wir fördern den Sport im Freistaat im Doppelhaushalt mit insgesamt 217 Millionen Euro. Diese fließen vor allem in den Breiten- und Nachwuchsleistungssport. Darin sind jährlich zusätzliche Mittel von 10 Millionen Euro für eine Ersterhöhung der Vereinspauschale sowie jährlich zusätzliche Mittel von 10 Millionen Euro für die Verbandsförderung enthalten. Um den Anteil von Nichtschwimmern bereits beim Schuleintritt nachhaltig und signifikant zu verringern, wird zudem das Schwimmförderprogramm "Mach mit – Tauch auf!" verstetigt.

Insgesamt gilt: Der Einzelplan 03 ist ein Musterbeispiel für die Haushaltsführung eines Staatswesens, das sich seiner Verantwortung für die Gesellschaft bewusst ist. Mein Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums, speziell im Haushaltsreferat. Ich danke unserem Staatsminister Joachim Herrmann und unserem Staatssekretär Sandro Kirchner für die starke Führung des Hauses und die klare Umsetzung des bürgerlich-liberalen Verständnisses von einem Staatswesen, das die Si-

cherheit der Menschen und ein gutes Zusammenleben in unserem Land gewährleistet.

Zum Ende gilt mein ganz besonderer Dank und Respekt allen haupt- und ehrenamtlichen Kräften in der Blaulichtfamilie und in unseren Vereinen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Löw das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Wir führen zwar heute eigentlich die Haushaltsdebatte, aber aufgrund der zeitlichen Nähe komme ich um dieses Thema nicht herum: Mannheim. "Mannheim" ist schon wieder passiert. Die ersten Opfer waren der Islamkritiker Michael Stürzenberger und der Polizist Rouven L., die von einem Islamisten abgestochen wurden. Während der Beamte noch um sein Überleben kämpfte, hatten die Linksextremisten der Antifa nichts Besseres zu tun, als während einer Gedenkveranstaltung seine Kollegen anzugreifen und zu verletzen. Das finde ich widerlich.

(Beifall bei der AfD)

Jeden hier im Parlament, der diese Organisation unterstützt, der den Linksextremismus ständig ausklammert und mit den Linksextremisten Seite an Seite marschiert, finde ich ebenfalls widerlich.

(Beifall bei der AfD)

Bei dieser Gedenkveranstaltung wurde auch unser Kollege Daniel Halemba angegriffen und ausgeraubt, wieder von Linksextremisten. Gab es hierzu einen Aufschrei oder überhaupt eine Berichterstattung? – Nichts. Dann erlag der Polizist seinen von dem ei-

gentlich ausreisepflichtigen Afghanen zugefügten Verletzungen und wird dafür auch noch von der Antifa verhöhnt.

Gestern Nacht der nächste Angriff: Einer unserer AfD-Gemeinderatskandidaten wurde mit einem Messer angegriffen und verletzt, wieder von einem Linksextremisten. Sie werden sagen: Das ist ja nicht Bayern. – Aber genauso einen Fall hatten wir letztes Jahr in Weiden. Eines unserer Mitglieder ertappte einen Plakatdieb auf frischer Tat und wurde dann von diesem Dieb mit einem Messer bedroht. Obwohl das Plakat eindeutig Schnittspuren aufwies und auch noch ein unabhängiger Zeuge den Vorfall bezeugen konnte, hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt; denn für sie war nicht bewiesen, dass ein Messer im Spiel war. Das nenne ich Justizversagen. Oder war es gewollt? – Tja, Söders Traum, die AfD bis aufs Messer zu bekämpfen, scheint wahr geworden zu sein.

(Beifall bei der AfD)

Zudem bezeichnet er auch noch linksextreme Demonstranten gegen Rechts als Vorzeigedemokraten. Nicht umsonst werden die Politiker der AfD am häufigsten Opfer von Gewalttaten. Ist da wenigstens unser Innenminister besser? – Kommunen wie München können auch weiterhin linksextreme Rückzugsräume finanzieren, das "Kafe Marat" zum Beispiel. Die Mittel des Verfassungsschutzes werden verschwendet, um die einzig echte Oppositionspartei zu bekämpfen, anstatt sich auf die echten Extremisten zu konzentrieren.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU) – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Weil es ein Verdachtsfall ist!)

Lassen Sie mich den Innenminister zitieren: "Die Kriminalitätsstatistik macht deutlich, dass sich die unkontrollierte Zuwanderung negativ auf die Sicherheitslage auswirkt." – Und was ist seitdem, seit Merkels illegaler Grenzöffnung, passiert? – So gut wie nichts. Stärken wir also gemeinsam die innere Sicherheit in unserem Land.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Es ist schlimmer geworden!)

Wir haben zum Einzelplan 03 über 30 Änderungsanträge eingereicht. Im Jahr 2024 wollen wir bei den Illegalen 2 Milliarden Euro und im Jahr 2025 1,8 Milliarden Euro sparen. Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und die Abschiebungen endlich effektiv durchsetzen. Damit würde nicht nur die Sicherheit erhöht, sondern es würden auch 3,8 Milliarden Euro eingespart. Als einzige Fraktion setzen wir uns für mehr Sicherheit ein.

(Michael Hofmann (CSU): So ein Schmarrn!)

Wir schaffen mehr Stellen in den Bereichen des LKA und der Landespolizei. Ein Änderungsantrag betrifft die Polizeiinspektion Aschaffenburg; denn immer mehr Polizeiinspektionen haben bauliche Probleme. Wir wollen modernisieren und erhalten.

Wir geben 15 Millionen Euro mehr für unsere Verwaltungsgerichte aus. Immer mehr Illegale kommen nach Bayern. Von Januar bis Oktober 2023 wurden in Bayern 42.996 Asylanträge gestellt, davon 40.145 Erstanträge. Diese Zahlen überfordern die Verwaltungsgerichte aufgrund der vielen Klagen. Es wird Zeit, dass wir hier zusätzliches Personal einsetzen, um auch diese Abschiebehindernisse aus dem Weg zu räumen.

Wir denken auch an unsere Einsatzveteranen und wollen deswegen einen Verein mit 100.000 Euro fördern, der sich um Polizisten, Soldaten, kurzum alle Einsatzkräfte kümmert, die an Posttraumatischer Belastungsstörung infolge von Einsätzen leiden.

Das sind reale Probleme, die die Polizei angehen muss. Die AfD steht zu den Polizisten in unserem Land.

(Beifall bei der AfD)

Den Etat des Integrationsbeauftragten werden wir dagegen auf null setzen; denn Anpassung und Integration sind eine Bringschuld der Menschen, die zu uns kommen.

Ein Integrationsbeauftragter kostet nur zusätzliches Geld und trägt nichts zu einer besseren Anpassung bei. Ich darf an dieser Stelle die FREIEN WÄHLER daran erinnern, dass Sie doch dieses Amt ebenfalls abschaffen wollten, bevor Sie 2018 in die Regierung gekommen sind.

Kommen wir zurück zum Anfang meiner Rede. Unsere Polizisten sind nicht ausreichend auf die immer häufigeren Messerattacken islamistischer und linksextremer Täter vorbereitet. Wir müssen dringend in die Ausbildung unserer Polizisten investieren, damit diese besser auf solche leider mittlerweile alltäglichen Situationen vorbereitet werden; sonst sind sie der aktuellen Gefährdungslage in Bayern nicht mehr gewachsen.

Wir brauchen das schnelle Ende der Willkommenskultur und müssen über die Remigration nicht integrierbarer Menschen in unserem Land reden. Fangen wir zunächst mit dem effektiven Schutz unserer Grenzen an. Niemand, der aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, hat hier einen Anspruch auf Asyl. Jeder ohne Bleiberecht muss abgeschoben werden, vor allem wenn er der islamistischen Szene zuzurechnen ist oder Straftaten begangen hat oder diese plant.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Lindinger.

Christian Lindinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt des Innenministeriums ist besonders wichtig und von vielen Länderkompetenzen geprägt. Der Freistaat ist das Sicherheitsland Nummer eins in Deutschland. Das bildet auch dieser Doppelhaushalt ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mein Dank gilt dem Minister, seinem Haus und den Regierungsfraktionen insgesamt. Nur Hand in Hand kann ein solcher Doppelhaushalt gelingen. Wir haben hier eine deutliche Erhöhung um über 1 Milliarde Euro, was einem Anstieg um 14 % auf insge-

samt 8,36 Milliarden Euro bedeutet. Auch für das Folgejahr ist eine weitere Steigerung um 49 Millionen Euro vorgesehen.

Wo zeigt sich diese Steigerung besonders? – Das sind Tarifsteigerungen beim Personal, die Schaffung neuer Stellen, die Erhöhung der Ausgaben für Asylunterbringung und Integrationsförderung, Rettungsdienst, Katastrophenschutz, Feuerwehr und Brandschutz sowie das Polizeibudget, der BOS-Digitalfunk und die Sportförderung.

Zu den Zahlen und Schwerpunkten im Einzelnen: Personalkosten machen rund 58 % der Gesamtausgaben des Einzelplans 03 aus.Im Rahmen des Stellenplans sind für den Doppelhaushalt 2024/2025 mehr als 850 neue Stellen vorgesehen. Die Polizei erhält mit 640 neuen Stellen den größten Anteil.

Für das Polizeibudget werden im Jahr 2024 zusätzliche Sach- und Investitionsmittel in Höhe von 75,8 Millionen Euro bereitgestellt. Darin sind 53,6 Millionen Euro für den Kauf der neuen, größeren und leistungsstärkeren Polizeihubschrauber der 4-Tonnen-Klasse eingeplant. Mittel für allgemeine Verbesserungen sind in Höhe von 22,2 Millionen Euro vorgesehen. Die Projekte "Mobile Police" und Einsatzausstattung der Polizei werden weitergeführt.

Im Jahr 2024 erreicht das Polizeibudget damit ein Rekordvolumen von 592 Millionen Euro. Es erfährt damit einen Zuwachs von 14,7 % gegenüber 2023. Die Mittel für den Digitalfunk BOS werden ebenfalls aufgestockt, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Integration und Unterbringung von Zuwanderern und Asylbewerbern. Hierfür sind beträchtliche Mittel vorgesehen, im Jahr 2024 in Höhe von 2,16 Milliarden Euro und im Jahr 2025 von rund 2 Milliarden Euro.

Besonders am Herzen liegt mir der Bereich Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz, da ich selbst mehr als 45 Jahre aktiven Feuerwehrdienst leiste. Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle allen Hilfs- und Rettungskräften, die mit übermen-

schlichem Einsatz gerade in den letzten Tagen die Flutkatastrophe bekämpften und auch immer noch bekämpfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es schmerzt und macht tief betroffen, wenn Menschen, und insbesondere Einsatzkräfte, im Einsatz ihr Leben verlieren. Unser besonderes Mitgefühl gilt den Angehörigen.

Wir haben für Flutopfer schnell und unbürokratisch Hilfe auf den Weg gebracht. Schnellstens müssen aber auch beschädigte Dammanlagen repariert und wiederhergestellt werden, da die Bevölkerung dahinter sonst bei weiteren Flutereignissen den Wassermassen schutzlos ausgeliefert wäre.

Weiterhin ist es wichtig und richtig, die Ausgaben im Bereich Rettungsdienst, Feuerwehr und Katastrophenschutz zu erhöhen. Mit dem Ansatz von knapp 280 Millionen Euro erhöht sich der Betrag um rund 41 % gegenüber dem Jahr 2023. Für das Jahr 2025 ist ein ähnlicher Betrag vorgesehen.

Ich überlasse es unserem Sprecher für Sport, zu diesem Bereich auszuführen. Für mich spiegelt der Einzelplan 03 die Prioritäten und die besonderen Herausforderungen wider, denen sich das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration in den Jahren 2024 und 2025 stellt.

Die Fraktion der FREIEN WÄHLER begrüßt den Einzelplan 03 und wird ihm in der vorliegenden Fassung zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Florian Siekmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Einzelplan für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration ist der Einzelplan unserer Einsatzkräfte in Bayern, der Kamerad-

innen und Kameraden von Polizei, Feuerwehr, Rotem Kreuz, Johannitern, Maltesern, Wasserwacht, Bergwacht, DLRG und THW. Sie haben ihre bedingungslose Bereitschaft zu helfen gerade jetzt wieder unter Beweis gestellt und stellen sie auch weiterhin unter Beweis. Dafür gebührt ihnen unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

"Anerkennung" und "Wertschätzung" sind Worte, die wir in den Debatten jetzt schon vielfach gehört haben. Sicherlich wird es Empfänge und Auszeichnungen geben. Aber wahre Wertschätzung für Einsatzkräfte lässt sich viel besser als mit Worten mit Geld für funktionsfähige Warnsysteme, psychosoziale Notfallversorgung, die bestmögliche Ausrüstung und bestmögliche Fahrzeuge ausdrücken. Die Wertschätzung bemisst sich auch nach den Werten im Doppelhaushalt. Diese sind gerade im Bereich des Katastrophenschutzes ausbaufähig.

(Zurufe der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU) und Holger Dremel (CSU))

Wir haben in Bayern 7.500 Freiwillige Feuerwehren, über 300.000 Ehrenamtliche engagieren sich in ihnen. Die Feuerwehren sind als Erste im Einsatz. Sie sind als Erste vor Ort – auch jetzt beim Hochwasser. Das Feuerwehrhaus ist sozusagen der Grundstein der Gefahrenabwehr einer jeden Gemeinde. Trotzdem wissen wir in allen Stimmkreisen von Fällen, wo Feuerwehrhäuser dringend sanierungsbedürftig sind oder neue Feuerwehrfahrzeuge nicht angeschafft werden können, weil sie schlicht und ergreifend nicht in das alte Feuerwehrhaus hineinpassen. Einen solchen Fall gibt es zum Beispiel im Landkreis Freising in der Gemeinde Figlsdorf-Aiglsdorf. Das dortige Feuerwehrfahrzeug ist 36 Jahre alt. Der Kommandant beklagt, das Fahrzeug verfüge über keine Gurte, keine Kopfstützen und habe auch keine Servolenkung. Dieser Zustand sei nicht so, weil man kein neues Feuerwehrfahrzeug wolle, sondern weil in das Feuerwehrhaus schlicht und ergreifend kein neues Feuerwehrfahrzeug hineinpasse.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe Ihnen hier im Bayerischen Landtag entgegen: Lassen Sie uns endlich mehr in die Sanierung von Feuerwehrhäusern investieren. Lassen Sie uns den Weg freimachen, damit die Mittel aus der Feuerschutzsteuer in größerem Umfang an Städte und Gemeinden fließen; denn dort wird der Grundstein für die Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz gelegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Artmann hat es schon gesagt: Die Mittel wurden angehoben, auch deswegen, weil wir Druck gemacht haben.

(Widerspruch bei der CSU)

Die Ausgabereste der Feuerschutzsteuer steigen jedes Jahr weiter, von 53 Millionen Euro im Jahr 2019 auf 108 Millionen Euro im Jahr 2023. Davon muss den Städten und Gemeinden ein größerer Teil zukommen.

Ich freue mich, dass im Haushalt für den Bevölkerungsschutz mehr Mittel sowie auch mehr Stellen vorgesehen sind.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr streicht die Mittel jetzt wild zusammen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es sind aber Taschenspielertricks, wenn für neue Stellen im Bevölkerungsschutz am Ende über die Nachschublisten bei den Investitionszuschüssen für Feuerwehrfahrzeuge gekürzt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Patrick Grossmann (CSU))

Über solche Taschenspielertricks werden wir nicht mehr Bevölkerungsschutz finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen braucht es eine kluge Nachsteuerung. Das heißt, bei der durchaus guten Förderung von Fahrzeugen für den Katastrophenschutz müssen wir die Wartung stär-

ker fördern und mehr Mittel bereitstellen. Wir müssen Führerscheine finanzieren; denn niemandem nützt ein neues Fahrzeug, wenn es in den Hilfsorganisationen an Menschen mit den passenden Führerscheinen mangelt.

Die Möglichkeiten, die Bevölkerung zu warnen, müssen wir ausbauen. Uns fehlen – das sagt die Staatsregierung selber – ungefähr 10.000 Sirenen, mit denen die Bevölkerung flächendeckend gewarnt werden kann. Dafür brauchen wir ein eigenes bayerisches Förderprogramm, damit wir alle Menschen vor und während Katastrophen und Notlagen erreichen können, wenn zum Beispiel der Strom ausfällt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bayern sollte nicht kompensieren, was der Bund nicht macht!)

Das ist ein Szenario, das leider auch bei diesem Hochwasser wieder eingetreten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Patrick Grossmann (CSU))

Lassen Sie uns die Feuerwehren und den Katastrophenschutz ausbauen. – Und nun freue ich mich auf Ihre Zwischenbemerkungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Holger Dremel vor.

Holger Dremel (CSU): Herr Siekmann, ich frage mich schon, ob Ihnen bekannt ist, dass der Bund für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz zuständig ist. Was macht er? – Er kürzt die Mittel. Wir gleichen in Bayern aus, was der Bund versemmelt. Wir erhöhen die Mittel im Einzelplan 03 um 14 %. Den Polizeihaushalt erhöhen wir ebenfalls um 14 %. Überall gibt es mehr Geld. Wir haben die Feuerwehrfahrzeugförderung verdoppelt. Auch die Mittel für die Feuerwehrhäuser haben wir deutlich erhöht. Schauen Sie sich bitte in anderen Bundesländern um, dort, wo Sie regieren, und sagen Sie mir, wo Sie derart erhöht haben. Nein, Sie haben überall gekürzt.

Der Gipfel ist wirklich: Der Bund, namentlich Olaf Scholz, spricht von einer "Zeitenwende". Nach der Flutkatastrophe im Ahrtal kommt er in unsere Region. Welche "Zeitenwende" soll das sein? Der Bund hat keine Zeitenwende erkannt, sondern er hat die Mittel gekürzt.

Das THW haben Sie erwähnt. Fragen Sie mal beim THW vor Ort nach, was die für einen Hals auf den Bund haben. Was der Bund derzeit kürzt, ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Kollege Dremel, ich habe Ihre Zwischenbemerkung bei Ihren Zwischenrufen schon kommen sehen. Schauen wir uns mal ganz kurz die Geschichte der THW-Finanzierung an.

Im Jahr 2020 war die Union im Bund noch in der Regierungsverantwortung. Sie hatten im Haushaltsplan des Bundes damals 340 Millionen Euro für das THW eingeplant. Die Bundesregierung hat das in der laufenden Legislaturperiode 2022 in der Spitze auf 540 Millionen Euro angehoben. Wir konnten den Haushalt für das THW trotzdem und trotz der konjunkturellen Schwierigkeiten auf über 400 Millionen Euro im Jahr 2024 stabilisieren. Dem THW stehen im Jahr 2024 – das scheint Ihnen nicht bekannt zu sein – zusätzlich 200 Millionen Euro Ausgabereste aus den letzten beiden Jahren zur Verfügung, die aus den Anhebungen nicht verausgabt werden konnten.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Das heißt, es sind in Summe 600 Millionen Euro.Dazu kommen 178 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigungen, aus denen insbesondere – –

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das sind Taschenspielertricks! – Holger Dremel (CSU): Genau!)

– Was reden Sie von Taschenspielertricks?

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie reden wohl nicht mit dem THW!)

Ohne Verpflichtungsermächtigungen keine Baumaßnahmen, um die Ortsverbände zu unterstützen. Ich versichere Ihnen, wir werden in den nächsten Einzelplänen im Bund auch daran arbeiten, die jährlichen Zuweisungen wieder anzuheben.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, achten Sie auf die Redezeit.

Florian Siekmann (GRÜNE): Aber im Vergleich zu dem, was vorher war, hat das THW heute deutlich mehr Mittel als zu Ihren Regierungszeiten zur Verfügung. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Staatsminister Dr. Florian Herrmann: Fake News!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Feichtmeier. Bitte schön.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Staatsminister Herrmann, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern ist ein schönes Land. Bayern ist nicht nur ein schönes, sondern auch ein sicheres Land. Bayern hat immer noch die niedrigste Kriminalitätsbelastung und die höchste Aufklärungsquote.

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Holger Dremel (CSU): Bravo!)

– Es ist so. Ich sage das immer wieder gerne, weil ich nämlich Polizistin bin. Ich habe auch mit dafür gesorgt, nicht nur immer die CSU.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Die Blockparteien halten zusammen!)

Die Menschen leben gerne hier und können sich auf ihre Polizei, ihre Rettungsdienste, ihre Feuerwehren und ihren Katastrophenschutz verlassen. Dafür gebührt meinen Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, den hauptamtlichen Helferinnen und Helfern bei den Rettungsdiensten, den Feuerwehren und beim Katastrophenschutz unser aller Dank.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU)

Wir als SPD stehen auch künftig an deren Seite. Wir wollen alles tun, damit Bayern und Deutschland weiterhin sicher bleiben.

Der Einzelplan 03 ist in meinen Augen insgesamt durchaus solide. Wir haben uns in diesem wichtigen Bereich der inneren Sicherheit aber mehr erhofft. Gerade mit Blick auf die derzeit herrschende Flutkatastrophe wären aus unserer Sicht bei der Feuerwehr und beim Katastrophenschutz dringend größere Anstrengungen notwendig. Bereits in den letzten Haushaltsreden meiner Vorgänger Klaus Adelt und Stefan Schuster wurde immer wieder der enorme Sanierungsstau bei den Feuerwehren moniert. Dazu kommt, dass wir nicht nur Geld für Sanierungen von 8.076 Feuerwehrhäusern, sondern auch für Neubauten und Neufahrzeuge benötigen. Mein Vorredner hat es ausführlich besprochen.

Wir haben gestern der Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner gedacht. Sie sind seit Tagen rund um die Uhr im Einsatz, weg von ihren Arbeitsplätzen und von ihren Familien. Wer unter Einsatz seines Lebens andere Menschenleben rettet, dem gebühren in meinen Augen nicht nur Standing Ovations, sondern auch ein finanzieller Ausgleich, der nicht benachteiligt. Mit den zusätzlich beantragten Mitteln zur Nachwuchsgewinnung wollen wir auch das Ziel verfolgen, Konzepte und Empfehlungen zu erarbeiten, wie es gelingen könnte, zukünftig zusätzliche Zielgruppen für eine Tätigkeit in der Feuerwehr zu gewinnen.

Zur Polizei: Zur Bewältigung neuer Herausforderungen benötigen wir eine personell starke und gut ausgestattete Polizei. Dazu gehört ein kontinuierlicher Zuwachs an Polizistinnen und Polizisten, aber auch ein Personalzuwachs an Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamten. Nach wie vor schieben meine Kolleginnen und Kollegen einen riesigen Berg von Überstunden vor sich her. Da hilft es auch nichts, wenn man plötzlich die Stundenschreibung ändert. Blickt man auf die bevorstehenden Großveranstaltungen in diesem Jahr, zeichnet sich ab, dass der Über-

stundenberg sicherlich nicht weniger werden wird. Wer an 365 Tagen rund um die Uhr arbeitet, braucht auch freie Zeit für die Familie und freie Zeit für ein Ehrenamt.

Kommen wir noch zum Thema Verwaltungsgerichte: Nichts ist für unsere Bürgerinnen und Bürger ärgerlicher als langjährige Streitsachen bei Verwaltungsgerichten. Sie kosten Geld, sie kosten Nerven und viel Zeit. Deshalb ist es in unseren Augen zwingend erforderlich, dass das neue Verwaltungsgericht in Niederbayern mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet wird.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch eine weitere Behörde, die offensichtlich gerne aus dem Blick gerät, braucht dringend Personalnachwuchs; das Landesamt für Datenschutzaufsicht hat in seinem letzten Tätigkeitsbericht für das Jahr 2023 unmissverständlich und klar ausgesprochen, dass es massive Personalnot hat. Wörtlich heißt es:

> "Datenschutzaufsicht 2023 – immer noch weit unter Sollstärke. […] Auch wenn der Bayerische Staatsminister des Innern […] zwei zusätzliche Planstellen […] zur Verfügung gestellt hat, verbleibt doch weiterhin ein mittlerweile überdeutlicher Aufbau-Rückstand. Dieser zwingt das BayLDA in allen Bereichen und tagtäglich zur Zurückstellung von Vollzugsaufgaben."

Wer hier spart, spart an der falschen Stelle. Daran ändern auch die geplanten zusätzlichen Stellen im Entwurf des Haushaltsplans nichts. Nach wie vor benötigt ein funktionierender Rechtsstaat mit aktivem und ernstzunehmendem Datenschutz für die Bürgerinnen und Bürger, der seinen Namen verdient, finanzielle und personelle Ausstattung.

Ich möchte zum Abschluss noch sagen: Wir brauchen im öffentlichen Dienst dringend die Aufhebung der Wiederbesetzungssperre.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Als frühere Personalrätin habe ich jahrelang mit meinen Kolleginnen und Kollegen darum gerungen. Leider ist sie diesmal wieder nicht drin.

Was ich auch noch festgestellt habe und wofür wir uns als Personalräte auch schon immer eingesetzt haben, ist, dass der Artikel 6i zur Feststellung des Haushaltsplans im Gesetz nicht besetzt ist. Das heißt ganz klar, dass keine Stellenhebungen möglich sind. Im Jahr 2023 wurden da noch 6,9 Millionen Euro eingestellt; diesmal leider gar nichts.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Holger Dremel. Bitte schön.

Holger Dremel (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, lieber Staatsminister Herrmann, lieber Joachim, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Welch überragende Bedeutung Sicherheit für uns Menschen hier in Bayern hat, erleben wir und vor allem die Menschen in den vom Hochwasser stark betroffenen Gebieten leider wieder einmal sehr schmerzlich. Ohne die Tausenden von Ehrenamtlichen bei der Feuerwehr und in unseren Rettungsorganisationen wäre die Situation in den Hochwassergebieten noch viel schlimmer, als sie ohnehin schon ist.

Ich möchte deshalb im Namen der CSU-Landtagsfraktion zusammen mit unserem Koalitionspartner den Feuerwehren, allen Hilfskräften, die jetzt im Gebiet arbeiten und sich um das Hab und Gut und um die Sicherheit der Menschen sorgen, herzlich danken. Danke für eure wertvolle Arbeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ihr leistet wirklich Großartiges, um den Mitmenschen in der Not zu helfen. Ihr seid unsere wahren Helden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Hochwasser ist ein weiterer Beleg dafür, dass es absolut richtig und absolut notwendig ist, dass wir in Bayern seit Langem ein besonderes Augenmerk auf die Stärkung unserer Feuerwehren, unseres Rettungsdienstes und unseres Katastrophenschutzes, aber auch unseres Bevölkerungsschutzes legen.

Der Bund hat hier – ich habe es bereits erwähnt – großen Nachholbedarf. Ich hoffe, dass seine Besuche in den Hochwassergebieten den Bundeskanzler bewegen werden, einen Kurswechsel hin zu deutlich mehr Katastrophenschutz zu vollziehen.

Meine Damen und Herren, Mittel kann man kürzen, wenn aber irgendeine Katastrophe eingetreten ist, dann noch Mittel rauszuziehen? Ich hatte gerade fernmündlichen Kontakt mit dem THW. Lieber Kollege Siekmann, die Mittel sind gekürzt worden; es ist falsch, was Sie hier am Podium gesagt haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Herr Bundeskanzler sollte sich unseren Doppelhaushalt 2024/2025 zum Vorbild nehmen, in dem wir die Mittel für die Feuerwehren – hören Sie zu, dann lernen Sie etwas dazu –,

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das sollten mal lieber Sie machen!)

den Rettungsdienst und auch den Katastrophenschutz von rund 55 Millionen Euro im Jahr 2023 auf über 101 Millionen Euro in diesem Jahr und auf über 90 Millionen Euro im Jahr 2025 kräftig erhöhen, zusammengerechnet also mehr als 191 Millionen Euro zusätzlich. Das ist ein starker Aufschlag, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für das Sonderinvestitionsprogramm Katastrophenschutz Bayern haben wir von 2019 bis 2023 bereits 88 Millionen Euro bereitgestellt. Jetzt stellen wir im Doppelhaushalt weitere 80 Millionen Euro zur Verfügung.

Ich möchte die rund 23 Millionen Euro für den Bau und den laufenden Betrieb des Bayerischen Zentrums für besondere Einsatzlagen sowie die 15 Millionen Euro – Kollege Artmann hat es bereits erwähnt – zur Errichtung des Bayerischen Zentrums für Alpine Sicherheit hervorheben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich unterstützen wir auch unsere Feuerwehren wieder massiv, die in jeder Kommune im Fall der Fälle immer da sind. Für diejenigen, die Aufklärungsbedarf haben: Die Feuerwehr ist grundsätzlich erst einmal eine kommunale Aufgabe. Ich war selbst Zweiter Bürgermeister und Stadtrat. Ich weiß, dass ich erst einmal selbst für meine Feuerwehren zu sorgen habe, und auch dafür, dass sie eine Garage haben. Erst dann kann ich mich darauf berufen, dass mir der Freistaat hilft. Und wir helfen auch. Ich habe es in meiner Zwischenbemerkung erwähnt. Wir haben die Förderung der Feuerwehrbeschaffungen als auch des Baus von Feuerwehrhäusern kräftig erhöht. Ich glaube, da müssen wir uns keinesfalls verstecken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Mittel werden von knapp 96 Millionen Euro im Jahr 2023 auf über 111 Millionen Euro im Jahr 2024 und auf 114 Millionen Euro im Jahr 2025 erhöht. Zusammen sind das 225 Millionen Euro. Das ist wirklich klasse.

Wir tun das alles, weil unsere Ehrenamtlichen bei den Feuerwehren, beim Roten Kreuz und bei allen Rettungsdiensten das Herz und die Seele unserer Gesellschaft sind. Sehr oft sind sie auch die Notaufnahme für die Menschen, die ihre Häuser wegen des Hochwassers verlassen mussten. Unsere ehrenamtlich Engagierten werden deshalb auch im Zeitalter der Globalisierung und der Digitalisierung eines der wichtigsten Fundamente unserer Gesellschaft bleiben. Was sie leisten, kann nicht

durch noch so große Fortschritte erreicht werden. Herzlichen Dank an unsere Ehrenamtlichen für diese Leistungen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Einzelplan 03 – ich habe es vorhin erwähnt – haben wir eine Steigerung um insgesamt 14 % auf 8,3 Milliarden Euro. Auch im nächsten Jahr wird sich der Gesamthaushalt für das Innenministerium steigern. Der Polizeihaushalt erhöht sich auch. Wir haben 640 neue Stellen ausgewiesen. Bayern ist sicher. Warum? – Weil wir Sicherheit produzieren, weil wir hinter unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stehen. Sie können sich auf uns verlassen. Sie leisten hervorragende Arbeit.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Holger Dremel (CSU): Wir haben die niedrigste Kriminalität und die höchste Aufklärungsquote. – Herzlichen Dank fürs Zuhören und an unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Gülseren Demirel. Bitte schön.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Da im Haushalt des Innenministeriums auch die Integration ein Thema ist, ist es für mich wichtig, auch dazu ein paar Worte zu sprechen. Wir reden und diskutieren hier oft über Integration. Manchmal ist es wichtig, diesen Begriff zu definieren. Für meine Fraktion bedeutet Integration, dass sie auf der Grundlage unserer Verfassungsgrundsätze stattzufinden hat, die die Regeln unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens sind. Integration bedeutet für uns, dass das Ganze keine Einbahnstraße ist. Beide Seiten stehen in der Verantwortung, sich mit ihren Bemühungen einzubringen.

Beide Seiten heißt: Es sind die Betroffenen, die in unser Land kommen, aber auch die Politik, die die Regeln, die Strukturen und die Angebote vorzugeben hat. Unter der Prämisse der Zahlen im Haushalt, die heute in der Debatte im Raum standen, der Milliarden, die wir ausgeben, denken die Bürgerinnen und Bürger, die dort oben sitzen und unsere Debatte verfolgen, dass diese Milliarden in Integrationsmaßnahmen fließen. Das ist leider nicht so.

Das sind Mittel, die zum großen Teil vom Bund für die Unterbringung Geflüchteter gewährt werden. Das sind also Mittel, die für ein Bett und ein Dach über dem Kopf gewährt werden, aber keine Landesmittel, die für die Integration zu Verfügung stehen. Man muss bayernweit unterwegs sein und sich in den Unterkünften anschauen, was in der Praxis als Integration verstanden wird. Es ist richtig, Integration einzufordern. Es ist sogar unsere Pflicht, Integration von den Betroffenen einzufordern. Es ist aber auch unsere Pflicht, den Betroffenen aufzuzeigen, wie sie das Erfordernis der Integration erfüllen können.

Wenn ich in Bayern unterwegs bin, sehe ich, dass kein einziger Deutschkurs von der Staatsregierung finanziert wird. Ehrenamtliche bieten diese Sprachkurse an. Wissen Sie, wie die Realität aussieht? – Ehrenamtliche müssen sogar das Flipchart-Papier, das sie für den Unterricht brauchen – ich rede gar nicht von Lehrmaterialien – aus der eigenen Tasche finanzieren. Dafür ist kein Budget vorhanden. Deshalb frage ich Sie: Erfüllen wir, die Politik, unsere Pflicht, wenn wir über Integration reden und sie zu Recht einfordern? Sprache ist doch eigentlich das Instrument und die einzige Möglichkeit, die Spielregeln dieser Gesellschaft verständlich zu vermitteln. Daher verwundert es, dass im Haushalt dazu kein Titel zu sehen ist. Wenn man die Milliarden für die Unterbringung herausrechnet, bleiben für die Integration 8 Millionen Euro im Haushalt eines Ministeriums übrig, das die Integration in seinem Namen trägt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Armutszeugnis. Das müssen wir ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil wir das ändern wollen, haben wir dazu auch einen Antrag gestellt.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Liebe Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Wir haben einen Antrag gestellt, dass die Deutschkurse auch finanziert werden.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Kollegin, Ihre Redezeit ist beendet.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Schleswig-Holstein hat gerade 4 Millionen Euro beschlossen. Machen wir es doch denen nach und zeigen wir, dass wir Integration wirklich ernst nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist Bernhard Heinisch von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Bernhard Heinisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Als sportpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER ist es mir heute eine besondere Ehre, hier vor Ihnen im Bayerischen Landtag die Beschlussvorlage über die finanziellen Mittel, die für den Sport im bayerischen Haushalt bereitgestellt werden sollen, präsentieren zu dürfen.

Vorab, ich bin bei diesem Thema voreingenommen. Ich bin ein Mann des Sports. Der Sport ist eine der tragenden Säulen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wer in den Sport investiert, investiert in die Gesundheit. Durch aktiven Sport kann zahlreichen Krankheiten von Herz-Kreislauf-Erkrankungen über Bluthochdruck, Diabetes Typ 2, Krebs, aber auch psychischen Erkrankungen wie beispielsweise Depressionen oder Burn-out vorgebeugt werden. Wer sich körperlich betätigt, entwickelt oft ein

gesteigertes Bewusstsein für eine ausgewogene Ernährung. Sport fördert nicht nur kognitive Fähigkeiten, insbesondere im Mannschaftssport, die damit verbundenen ehrenamtlichen Aktivitäten fördern auch die sozialen Kompetenzen aller Beteiligten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sport fördert auch die Inklusion. Das habe ich selbst bei diversen Inklusionsspielaktionen in meiner Heimat, in der Oberpfalz, die ich ins Leben gerufen habe, immer wieder erleben und spüren dürfen. Durch Sport sind wir ausgeglichener und leistungsfähiger. Überhaupt wird durch Sport der Leistungsgedanke, der in unserer Gesellschaft unabdingbar ist, gefördert. Wer in Sport investiert, spart Ressourcen in der öffentlichen Gesundheitsvorsorge und schafft zugleich die Basis für eine stabile und wettbewerbsfähige Wirtschaft in unserem schönen Freistaat.

Der gesellschaftliche Stellenwert des Sports lässt sich nur sehr schwer in Zahlen ausdrücken. Auch sportliche Großereignisse wie die Fußball-Europameisterschaft 2024 schicken ihre Glanzlichter voraus.Seien Sie sich gewiss: Eine Investition in Sport in Bayern ist eine absolut nachhaltige Investition in eine erfolgreiche und lebenswerte Zukunft unseres schönen Freistaats. Da ist es aus meiner Sicht absolut gerechtfertigt, die Mittel für die Sportförderung von ehemals 82,1 Millionen Euro im Jahr 2023 im aktuellen Doppelhaushalt deutlich zu erhöhen: Für das Jahr 2024 sollen 110 Millionen Euro bereitgestellt werden. Für das Jahr 2025 sind hier 106 Millionen Euro vorgesehen.

Die Sportförderung ist deshalb so wichtig, weil hiermit ein wichtiger Beitrag geleistet wird, welcher der Arbeit der Sportvereine und des Ehrenamts Rechnung trägt. Genau jene sind es, die jeden Tag aufs Neue einen unschätzbaren Dienst für den Breitensport in unserem Land leisten. Aus diesen Mitteln werden unter anderem die Vereinspauschale und Zuschüsse für die Investitionen der Vereine für laufende Zwecke der Verbände finanziert sowie Zuschüsse für verschiedene einzelne Investitionsmaßnahmen im Sportbereich geleistet. Die zusätzlich bereitgestellten Mittel sind insbesondere

für eine erhöhte Verbandsförderung im Breiten- und Nachwuchsleistungssport, für die Vereinspauschale sowie für die Fortführung des Schwimmförderprogramms vorgesehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte um Ihre Unterstützung und kann im Sinne meiner Eingangsworte nur an jeden Einzelnen von Ihnen appellieren: Betreiben Sie aktiv Sport, bleiben Sie fit und gesund!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Für die Staatsregierung hat Staatsminister Joachim Herrmann um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich nachdrücklich dafür, dass dem Hohen Haus heute zur abschließenden Beratung und, wie ich hoffe, Zustimmung in der Tat ein Rekordhaushalt für das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration vorliegt, ein Rekordhaushalt mit den höchsten Ausgaben für die Polizei, die es jemals gegeben hat, mit der höchsten Stellenzahl, die es jemals für die Polizei gegeben hat, ein Rekordhaushalt für den Katastrophenschutz, ein Rekordhaushalt für den Sport usw. Ich brauche Ihnen nicht alle Zahlen noch mal einzeln vorzutragen. Aber ich will mich dafür bedanken, dass der Haushaltsausschuss das so erfolgreich beraten und Ihnen zur Beschlussfassung vorgelegt hat, weil es ein klares Zeichen ist in einer insgesamt nicht ganz einfachen Situation, in der sich unser Land befindet.

Ich sage zu allererst ein herzliches Dankeschön an all die Einsatzkräfte, die helfen, die seit nunmehr fünf Tagen bestehende außergewöhnliche Belastung für viele unserer Landesteile zu bewältigen angesichts einer Hochwasserkatastrophe, deren Ausmaß sich in den Dimensionen der Hochwasserkatastrophe von 2013 bewegt. Es sind teilweise die gleichen, teilweise andere Landesteile betroffen. Manche Landkreise, die 2013 betroffen waren, sind diesmal nicht betroffen.

Ich habe mir die Situation zusammen mit dem Ministerpräsidenten und dem Umweltminister an vielen Orten direkt angeschaut. Es ist unglaubliches Leid für viele Menschen zu beobachten. Es gibt unglaubliche Schäden, die wir sicherlich erst in einigen Wochen wirklich abschätzen können.

In dieser katastrophalen Situation kann es nicht hoch genug geschätzt werden, dass wir allein in diesen fünf Tagen schon weit über 60.000 Männer und Frauen als Einsatzkräfte, die meisten von ihnen ehrenamtlich, um Unterstützung bitten konnten, dass sie gemeinsam unterwegs waren, zum Teil Risiken für die eigene Gesundheit nicht gescheut haben und sich großartig eingesetzt haben. Das sind Männer und Frauen, auf die wir uns auch sonst das ganze Jahr über verlassen können und die jetzt wieder großartig helfen. All denen ein ganz herzliches Dankeschön!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Da ist es in der Tat wichtig, den Feuerwehren, dem Roten Kreuz, den Maltesern, den Johannitern, dem Arbeiter-Samariter-Bund, der DLRG und auch den Kameradinnen und Kameraden des Technischen Hilfswerks, einer Bundesanstalt, Dank zu sagen. Das gilt auch für die Kolleginnen und Kollegen der Polizei, auch der Bundespolizei, und die Kameraden der Bundeswehr, die mit im Einsatz sind. Alle wirken ganz hervorragend zusammen. Da zeigt sich, dass es wichtig war und ist, immer wieder gemeinsam zu üben, für den Alltag genauso wie für extreme Sondersituationen, wie wir sie im Moment erleben. Es kommt dann nämlich darauf an, dass nicht nur jeder und jede Einzelne einen großartigen Beitrag leistet, sondern wir vor allen Dingen auch ein überaus erfolgreiches und gutes Zusammenwirken all dieser Einsatzkräfte haben. Das bestätigten mir viele der Einsatzkräfte gerade in den letzten Tagen, wenn ich vor Ort unterwegs bin: Es ist noch besser, als es vor zehn oder zwanzig Jahren war, weil wir es noch weiterentwickelt haben, es immer wieder trainieren und üben und weil überall von den Führungen der Organisationen eine klare Botschaft da ist. In solchen Situationen kann es immer nur darum gehen, das Bestmögliche für die Rettung von Men-

schenleben und, soweit es dann noch möglich ist, für die Bewahrung von Hab und Gut zu leisten.

Auch diese Zusammenarbeit ist nicht selbstverständlich. Auch da bedanke ich mich dafür, dass wir in den letzten zwei Jahren, übrigens in vielen internen Besprechungen – wir haben das nie nach außen getragen –, analysiert haben, was wir zum Beispiel aus der Katastrophe im Ahrtal lernen können. Mir ist in den letzten Tagen immer wieder gesagt worden: Das hat sich gelohnt, darüber nachzudenken. Manche Dinge in den Führungsstrukturen sind noch besser geworden. Die Ausstattungen seien noch besser geworden. Wir haben unsere Schlüsse daraus gezogen. Wir haben da zu keinem Zeitpunkt besonders gescheit dahergeredet über andere, sondern haben nur überlegt: Was müssen wir in Zukunft bei uns noch besser machen, um solchen Situationen gerecht zu werden? – Ich will nicht behaupten, dass heute alles schon perfekt ist. Wir arbeiten weiter daran. Aber es lohnt sich, daran zu arbeiten.

Ich bedanke mich herzlich dafür, dass alle Tag und Nacht mitwirken und wir dadurch eine noch bessere Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger gewährleisten können. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich bedanke mich auch ausdrücklich für die Unterstützung der Kameradinnen und Kameraden des THW, der Bundeswehr und der Bundespolizei als Bundesorganisationen.

Im Moment ist angesichts der schwierigen Einsatzsituationen nicht der Zeitpunkt, darüber politische Gefechte zu führen, aber, Herr Kollege Siekmann, ich will Ihnen schon sagen: So ganz scheinen Sie das mit der richtigen Einordnung der Entwicklung beim Technischen Hilfswerk noch nicht nachvollzogen zu haben. 2020 hat das THW im Bundeshaushalt 343 Millionen Euro bekommen, 2021 458 Millionen Euro. Ich denke, wir sind uns einig: Der Haushalt 2021 ist noch Ende 2020 unter der früheren Bundesregierung mit der entsprechenden Mehrheit im Bundestag beschlossen worden. Der

Entwurf für den Haushalt 2022 – jeder weiß, wie das technisch in der Verwaltung läuft – noch überwiegend von der alten Verwaltung erarbeitet worden.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Den hat dann der neue Bundestag beschlossen. Das war der erste Haushalt, den der neue Bundestag 2022 beschlossen hat. 544 Millionen Euro für das THW waren stattlich und wunderbar. Auf der Grundlage waren wir dann alle optimistisch, dass das so weitergeht. Aber schon der zweite Haushalt, den die neue Regierung in Berlin, die sogenannte Ampel, beschlossen hat, bedeutete dann eine Reduzierung auf 428 Millionen Euro. In diesem Jahr ist der Ansatz auf 401 Millionen Euro reduziert worden. Das hat die Ampelkoalition in Berlin so beschlossen, und das, wohlgemerkt, nachdem die Bundesinnenministerin nach der Katastrophe im Ahrtal vollmundig erklärt hat, es bräuchte jetzt eine Trendwende im Katastrophenschutz, einen Neustart im Bevölkerungsschutz und es würde jetzt ein neues Kapitel aufgeschlagen werden.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Da hat sie den Mund angesichts der Leistungen ihrer Vorgänger, egal welcher Partei, etwas voll genommen. Aber das hat große Erwartungen geweckt. Dieses neue Kapitel, das da aufgeschlagen worden ist, sieht aber so aus, dass seitdem sowohl beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz als auch beim THW ständig weiter gekürzt wird. Da darf man sich nicht wundern, wenn es beim THW auch bei uns in Bayern manche Kameradinnen und Kameraden gibt – ich denke, die allermeisten Kolleginnen und Kollegen hier im Saal kennen Kameraden des THW –, die das anders verstanden hatten mit dem neuen Kapitel, das im Katastrophenschutz aufgeschlagen wird.Die haben alle gedacht: Wunder, was da jetzt kommt. Gekommen sind Kürzungen und Kürzungen. Herr Kollege Siekmann, Sie argumentieren jetzt mit Haushaltsresten. Ich kann nur sagen: Bei – in Anführungszeichen – "meinem" THW in Erlangen, in dem ich seit vielen Jahren Fördermitglied bin, weiß ich das unmittelbar. Die THWler aus anderen Ortsverbänden haben mir geschrieben und offenbar auch einer ganzen Reihe von Land-

tagskolleginnen und -kollegen, die sich deswegen zum Teil an mich gewandt haben. Warum hat denn die Bundesorganisation des THW eine ganze Reihe von Baumaßnahmen, eine ganze Reihe von Investitionsmaßnahmen, zum Beispiel in Erlangen, aber auch in vielen anderen Städten in Bayern, gestoppt? Weil die so dumm sind? – Nein, weil sie eine klare Anweisung hatten: Das Geld für die eigentlich geplanten Maßnahmen ist nicht mehr da. Das ist doch die Realität! Da können Sie die Zahlen jetzt hin- und herschieben. Es gibt eine ganze Reihe von THW-Maßnahmen,

(Zuruf)

die im Gange waren, die auf Anweisung von Berlin jetzt gestoppt worden sind. Das ist die Realität des THW draußen. Nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland ist das so.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen: Wir können in Bayern auch nicht jeden Wunsch sofort erfüllen. Aber angesichts dieser großartigen ehrenamtlichen Leistung – auch beim THW sind 96 bis 98 % aller Leute, die da aktiv sind, ehrenamtlich unterwegs – ist es das Mindeste, dass wir ehrlich mit ihnen umgehen. Wir können nicht jeden Wunsch sofort erfüllen. Das können wir auch in Bayern nicht; aber wir müssen redlich daran arbeiten und die Lage Schritt für Schritt verbessern, wie wir das in Bayern mit der Feuerwehr, mit dem Katastrophenschutz usw. tun. Daran sollten wir, denke ich, jetzt auch parteiübergreifend weiterarbeiten. Wir haben einen gemeinsamen Beschluss der Innenminister aller Länder, die klar sagen im Hinblick auf die Lage im Katastrophenschutz, dass wir uns in puncto Zivilschutz wieder anders aufstellen müssen. Jetzt reden wir von dem Hochwasser. Ich bitte aber schon, im Hinterkopf zu behalten: Wir haben auch eine klare Anforderung des Bundesverteidigungsministeriums. Leider ist es nicht mehr völlig undenkbar – wir haben das eine Zeit lang gemeint –, dass wir auch im Zivilschutz gefordert sein könnten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das ist Kernaufgabe des Bundes. Deshalb haben alle Innenminister und Innensenatoren und -senatorinnen in Deutschland einstimmig gefordert: Wenn es ein 100-Milliarden-Euro-Programm für die Bundeswehr gibt, dann brauchen wir wenigstens ein 10-Milliarden-Euro-Programm für den Zivil- und Katastrophenschutz – Stärkungspaket Bevölkerungsschutz – vom Bund. Das sind über zehn Jahre eine Milliarde Euro pro Jahr. Das ist meines Erachtens wirklich angemessen. Für ganz Deutschland ist das wahrlich nicht übertrieben. Lassen Sie uns gemeinsam – darum bitte ich Sie herzlich – parteiübergreifend daran arbeiten; da geht es nämlich nicht um irgendwelche Spezialwünsche aus Bayern, sondern um die Sicherheit der Menschen in ganz Deutschland in den nächsten Jahren. Dafür müssen wir gemeinsam arbeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Mindestens genauso wichtig ist aber natürlich, alles dafür zu tun, dass Bayern auch in puncto Kriminalität das sicherste aller Bundesländer bleibt. Uns geht es nicht um den Wettbewerb mit anderen Ländern, sondern um die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Daran müssen wir auch weiter arbeiten, mit Herz und Verstand. Wir statten unsere Polizei hervorragend aus. Auf dieser Grundlage haben wir eine hoch motivierte bayerische Polizei, die überaus erfolgreich für die Sicherheit der Menschen in unserem Land arbeitet. Da ist es natürlich ganz besonders schlimm, wenn es, wie in Mannheim, zu Angriffen auf Polizeibeamte durch unterschiedlichste Extremisten in unserem Land kommt. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen dieses ermordeten Polizeibeamten. Wir wollen gemeinsam weiterhin alles dafür tun, dass alle unsere Polizistinnen und Polizisten, alle Einsatzkräfte in unserem Land ihren Dienst möglichst unbeschadet verrichten können. Deshalb brauchen sie unsere Rückendeckung. Deshalb brauchen sie unsere uneingeschränkte Solidarität. Deshalb müssen solche Straftäter hart bestraft werden. Wenn sie eigentlich in einem anderen Kontinent zu Hause sind, dann müssen sie möglichst schnell unser Land verlassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will auch da nur sagen: Ich freue mich, dass es da jetzt zur neuen Einsicht gekommen ist. Seit zwei Jahren fordere ich wie andere Kollegen in Innenministerien, dass es gerade bei extremen Straftätern auch möglich sein muss, Leute nach Syrien und Afghanistan abzuschieben. Zwei Jahre lang hat die Bundesregierung das immer abgelehnt und erklärt, das gehe nicht.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das stimmt nicht! Das wissen Sie am besten!)

Ich freue mich darüber, dass seit drei Tagen auf einmal auch Minister von der SPD und vor allen Dingen auch die Bundesinnenministerin von der SPD sagt: Ja, das muss jetzt sein. – Höchste Zeit wird es!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Gülseren Demirel (GRÜNE): Das ist nicht möglich, und das wissen Sie als Innenminister!)

Schließlich ist es richtig, dass wir uns mit verfassungsfeindlichen Tendenzen in unserem Land konsequent auseinandersetzen. Ich sage ganz klar: Unerträglich ist, dass in Hamburg Leute die Einführung eines Kalifats in Deutschland fordern. Wir sind stolz auf unsere Demokratie, auf 75 Jahre Grundgesetz. Das ist die beste Demokratie, die es jemals auf unserem Boden gegeben hat. Dafür stehen wir,

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wer ist denn dagegen?)

und für ein Kalifat ist bei uns kein Platz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber ich sage auch: Wir beobachten mit gutem Grund sehr wohl auch die Feinde unserer Demokratie auf anderen Seiten. Deshalb ist es wichtig, dass auch die Beobachtung einiger Funktionäre der AfD konsequent vorangetrieben wird. Da sind nämlich auch Feinde der Demokratie unterwegs.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Deshalb freue ich mich, dass wir einen Haushalt zur Abstimmung haben, der in der Tat in puncto Sicherheit der Menschen in unserem Land weiterhin einen starken Staat ermöglicht, einen Staat, der unbürokratischer werden muss, der aber die Sicherheit der Menschen in unserem Land bestmöglich garantiert. Dafür steht diese Koalition. Dafür steht diese Staatsregierung. Ich bitte Sie alle dafür um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Prof. Hahn von der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Minister Herrmann – hier sind wir, schauen Sie ruhig her – ich habe eine Frage an Sie. Sie haben hier ganz stolz die Rekordausgaben in diesem Haushalt erwähnt. Sie haben sich während der ganzen Rede fast nur bei den Leuten bedankt, die gerade die Missstände wieder ausbaden. Die Mehrausgaben sind da. Sie haben sich beim Haushaltsausschuss bedankt, aber noch nicht mal beim Bürger, der diese Steuern eigentlich aufbringt;

(Unruhe)

aber merkwürdig ist, dass nicht nur die Einnahmen für Sie größer werden, sondern auch die Missstände. Ich spreche die Messerdelikte an. Die haben hier unter den Gewaltdelikten, bei schwerer Körperverletzung, bei Gewalt, prozentual bis zu 20 % zugenommen. Sie haben in einem einzigen Satz die Worte "Mannheim" und "unterschiedlichste Extremisten" genannt. Ich finde es beschämend, dass Sie noch nicht mal in diesem klaren Fall ganz klar benennen, wer dieser Extremist gewesen ist. Und dann, zwei Worte später, kommen Sie noch auf die AfD zu sprechen. Das heißt, ich frage Sie hier ganz deutlich: Wie erklären Sie sich die zunehmenden Einnahmen für Ihr ver-

antwortliches Ressort und die fehlende Sicherheit und Kriminalität, die hier beständig weiter zunimmt?

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende, Herr Prof. Hahn. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Sie hätten zum Beispiel beobachten und lesen können, was ich bei der Vorstellung der Kriminalitätsstatistik für das vergangene Jahr ganz offen und sehr deutlich angesprochen habe, nämlich die Zunahme von Kriminalität der Menschen mit Migrationshintergrund. Das ist ein zunehmendes Problem. Das konnten Sie auch in jeder Menge Medien entsprechend nachlesen.Es ist wirklich nicht so, dass wir daraus ein Hehl machen würden. Das wurde auch im Innenausschuss, falls Sie da ab und zu zuhören, ausdrücklich diskutiert; der Bericht zur Kriminalitätsentwicklung ist im Innenausschuss behandelt worden. Sie können wahrlich nicht behaupten, dass dieses Thema von irgendwem unter den Tisch gekehrt worden wäre, ganz im Gegenteil.

Auch wenn diese Entwicklung nicht gut ist, nehme ich für uns in Anspruch, dass wir nach wie vor das sicherste Bundesland sind. Bei uns in Bayern halten sich diese Entwicklungen in weit engeren Grenzen als in anderen Teilen Deutschlands. Wir fordern ganz klar eine grundlegende Wende in der Zuwanderungspolitik. Wir hatten in den letzten Jahren in der Gesamtsumme zu viele Flüchtlinge. Dadurch wurden viele unserer Kommunen in ihrer Integrationsarbeit ganz offensichtlich überfordert. Das sagen fast alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte in unserem Land. Deshalb müssen wir eine klare Wende der Politik in Berlin herbeiführen, aber nicht mit Ihren Methoden und Ihren Rezepten, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025, Einzelplan 03, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1597 mit 19/1673 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 19/2054 zugrunde.

Zunächst kommen wir zu den drei vorab angekündigten namentlichen Abstimmungen. Diese werden elektronisch durchgeführt.

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bündnis für Toleranz" auf Drucksache 19/1625. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:11 bis 15:14 Uhr)

Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall. Ich schließe die Abstimmung.

Es folgt nun die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern" auf Drucksache 19/1609. Dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen ebenfalls zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:15 bis 15:17 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Laufende Kosten für Katastrophenschutzfahrzeuge und Führerscheine tragen" auf Drucksache 19/1610. Auch dieser Änderungsantrag wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlen. Die Abstimmungszeit beträgt ebenfalls zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 15:17 bis 15:19 Uhr)

Ich schließe auch diese Abstimmung.

Während die Abstimmungsergebnisse ermittelt werden, fahren wir mit der einfachen Abstimmung über den eingangs erwähnten Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Aschaffenburg" auf Drucksache 19/1649 fort. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? – Das sind die anderen Fraktionen. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Die Sitzung wird bis zum Vorliegen der Abstimmungsergebnisse der vorherigen namentlichen Abstimmungen für einen kurzen Moment unterbrochen.

(Unterbrechung von 15:20 bis 15:31 Uhr)

So, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Vielen Dank für Ihre Geduld. Die technische Ermittlung der Abstimmungsergebnisse hat etwas länger gedauert als sonst. Schön, dass die Stimmung so entspannt ist. Umso disziplinierter werden wir die Beratungen fortsetzen.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen bekannt:

Beim Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Bündnis für Toleranz" auf Drucksache 19/1625 haben 25 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein 143 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 15)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern" auf Drucksache 19/1609 haben 43 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein 120 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 16)

Beim Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Laufende Kosten für Katastrophenschutzfahrzeuge und Führerscheine tragen" auf Drucksache 19/1610 haben 43 Abgeordnete mit Ja gestimmt, mit Nein 122 Abgeordnete. Stimmenthaltungen: keine. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 17)

Damit kommen wir nun zur Abstimmung über den Einzelplan 03. Der Einzelplan 03 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 19/2054 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 03 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die FREIEN WÄHLER sowie die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Augenscheinlich keine. Damit ist der Einzelplan 03 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht gesondert abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 18)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

"Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Doppelhaushalts 2024/2025 vorzunehmen."

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD, also alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 19/2054, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 19/1652 mit 19/1673 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 03 ist damit abgeschlossen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion AfD; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Bündnis für Toleranz (Kap. 03 03 Tit. 547 07) (Drucksache 19/1625)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst		X	
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar	X		
Bäumler Nicole		X	
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg	X		
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes		X	
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz	X		
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal		X	
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian		X	
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Celina Kerstin		X	
Deisenhofer Maximilian		X	
Demirel Gülseren		X	
Dierkes Rene	X		
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan			
Ebner-Steiner Katrin	X		
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina		X	
Feichtmeier Christiane		X	
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick		X	
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia		X	
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard	X		
Grießhammer Holger		X	
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine		X	
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo	X		
Halbleib Volkmar		X	
Halemba Daniel			
Hartmann Ludwig		X	
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Hierneis Christian		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul		X	
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia		X	
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva		X	
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph			
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth			
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia		X	
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus		X	
Rittel Anton			
Roon Elena	X		
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf	X		
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona	X		
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus	X		
Dr. **Strohmayr** Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	25	143	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern (Kap. 03 23 neuer Tit.) (Drucksache 19/1609)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes	X		
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten			
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton			
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno			
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	43	120	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 05.06.2024 zu Tagesordnungspunkt 10: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2024/2025; hier: Laufende Kosten für Katastrophenschutzfahrzeuge und Führerscheine tragen (Kap. 03 24 Tit. 547 04) (Drucksache 19/1610)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker		X	
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz		X	
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas	X		
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dierkes Rene		X	
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann			
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian		X	
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger	X		
Grob Alfred		X	
Groß Johann		X	
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel			
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian	X		
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hold Alexander			
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas			
Dr. **Hopp** Gerhard		X	
Huber Martin			
Huber Martin Andreas		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian		X	
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike		X	
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim			
Prof. Dr. **Piazolo** Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia	X		
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna	X		
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus	X		
Rittel Anton			
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner		X	
Schmid Franz			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf		X	
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna		X	
Storm Ramona		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus			
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura	X		
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	43	122	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt **10**

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 03

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Kosten des Integrationsbeauftragten
   (Kap. 03 03 Tit. 536 02)
   Drs. 19/1597

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Sanierung des Hallenbads im Krumbacher Schul- und Sportzentrum
   (Kap. 03 03 neuer Tit. 883 05)
   Drs. 19/1598

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Sanierung der Skisprungschanze Warmensteinach
   (Kap. 03 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/1599

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Skisprungschanze des WSV Rastbüchl
   (Kap. 03 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/1600

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Kulturdolmetscher im Landkreis München
   (Kap. 03 03 neuer Tit.)
   Drs. 19/1601

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Personalverstärkung am Landesamt für Datenschutzaufsicht
   (Kap. 03 10 Tit. 422 01)
   Drs. 19/1602

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung
   (Kap. 03 12 Tit. 684 54)
   Drs. 19/1603

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Sprachkurse für geflüchtete Frauen flächendeckend ermöglichen
   (Kap. 03 12 Tit. 684 58)
   Drs. 19/1604

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
   Haushaltsplan 2024/2025;
   hier: Psychosoziale Zentren nachhaltig finanziell sichern
   (Kap. 03 12 Tit. 685 54)
   Drs. 19/1605

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Machbarkeitsstudie Aufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Oberfranken
    (Kap. 03 13 Tit. 526 11)
    Drs. 19/1606

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Verlegung der Kfz-Verwahrstelle München
    (Kap. 03 18 Tit. 710 00)
    Drs. 19/1607

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Keine weitere Finanzierung von Sicherheitswachten
    (Kap. 03 18 TG 76)
    Drs. 19/1608

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
    Haushaltsplan 2024/2025;
    hier: Sanierung von Feuerwehrhäusern fördern
    (Kap. 03 23 neuer Tit.)
    Drs. 19/1609

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Laufende Kosten für Katastrophenschutzfahrzeuge und Führerscheine tragen
(Kap. 03 24 Tit. 547 04)
Drs. 19/1610

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Sirenensystem in Bayern weiter ausbauen
(Kap. 03 24 Tit. 883 04)
Drs. 19/1611

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: PSNV-E – Psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte im Katastrophenschutz
(Kap. 03 24 neuer Tit.)
Drs. 19/1612

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Mittel für ein Verwaltungsgericht in Niederbayern
(Anlage S Kap. 03 06 Tit. 720 01)
Drs. 19/1613

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Horst Arnold, Christiane Feichtmeier u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Mittel für die Finanzierung von 37 neuen Stellen für das Landesamt für Datenschutzaufsicht
(Kap. 03 10 Tit. 422 01)
Drs. 19/1614

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Horst Arnold u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Anpassung der Zuschüsse für Flüchtlings- und Integrationsberatung
(Kap. 03 12 Tit. 684 54)
Drs. 19/1615

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zukunft der Feuerwehr sichern
(Kap. 03 23 Tit. 547 02)
Drs. 19/1616

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Sanierungsstau bei Feuerwehrhäusern beenden
(Kap. 03 23 Tit. 883 02)
Drs. 19/1617

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Kommunen für den Katastrophenfall rüsten
(Kap. 03 24 Tit. 883 05)
Drs. 19/1618

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Christiane Feichtmeier, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zentrum für Alpine Sicherheit stärken
(Kap. 03 24 Tit. 894 02)
Drs. 19/1619

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Horst Arnold u.a. SPD,
Katharina Schulze, Johannes Becher, Gülseren Demirel u.a.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Institutionelle Förderung einer Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY)
(Kap. 03 12 neue TG)
Drs. 19/1620

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 01 Tit. 422 01)
Drs. 19/1621

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 03 02 Tit. 533 49)
Drs. 19/1622

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 03 02 Tit. 701 11)
Drs. 19/1623

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung –
Kosten des Integrationsbeauftragten
(Kap. 03 03 Tit. 536 02)
Drs. 19/1624

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bündnis für Toleranz
(Kap. 03 03 Tit. 547 07)
Drs. 19/1625

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Maßnahmen zur Unterstützung des Engagements für Einsatzveteranen
(Kap. 03 03 neuer Tit.)
Drs. 19/1626

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stellen an den Verwaltungsgerichten I – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 06 Tit. 422 01)
Drs. 19/1627

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stellen an den Verwaltungsgerichten II – Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 06 Tit. 428 01)
Drs. 19/1628

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Abschiebekosten
(Kap. 03 11 Tit. 533 01)
Drs. 19/1629

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Beratung und Betreuung von Asylbewerbern, sonstigen Ausländern und bleibeberechtigten Zuwanderern
(Kap. 03 12 TG 54-56)
Drs. 19/1630

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Maßnahmen zur Erstorientierung, Wertevermittlung und Sprachförderung für Asylbewerber und sonstige Ausländer, bleibeberechtigte Zuwanderer sowie weitere Integrationsbedürftige
(Kap. 03 12 TG 58)
Drs. 19/1631

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Maßnahmen zur Förderung von Ausbildung und Arbeit im Bereich der Integration
(Kap. 03 12 Tit. 686 61)
Drs. 19/1632

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Gewährung einer einmaligen Pauschale
(Kap. 03 12 Tit. 633 04)
Drs. 19/1633

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds V – Gemeinschaftsverpflegung
(Kap. 03 13 Tit. 514 21)
Drs. 19/1634

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VI – Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude, Räume
(Kap. 03 13 Tit. 517 01)
Drs. 19/1635

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VII – Bewirtschaftung durch Heizung, Beleuchtung und elektrische Kraft
(Kap. 03 13 Tit. 517 05)
Drs. 19/1636

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds VIII – Ausgaben für Sicherheit
(Kap. 03 13 Tit. 517 11)
Drs. 19/1637

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IX – Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume
(Kap. 03 13 Tit. 518 01)
Drs. 19/1638

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds X – Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen
(Kap. 03 13 Tit. 519 01)
Drs. 19/1639

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XI – Forschungsaufträge und Informationsmaterial
(Kap. 03 13 Tit. 526 21 und Kap. 03 13 Tit. 531 21)
Drs. 19/1640

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XII – Ausweichunterbringung
(Kap. 03 13 Tit. 533 02)
Drs. 19/1641

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XIII – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 03 13 Tit. 633 01)
Drs. 19/1642

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XIV – Mehraufwandspauschale der Kassenärztlichen Vereinigung
(Kap. 03 13 Tit. 633 09)
Drs. 19/1643

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XV – Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Hausverwalterpauschale
(Kap. 03 13 Tit. 633 10)
Drs. 19/1644

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds XVI – Transportkosten für die Weiterleitung der Bewohner der Unterkünfte
(Kap. 03 13 Tit. 671 01)
Drs. 19/1645

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter beim Landeskriminalamt
(Kap. 03 17 Tit. 422 01)
Drs. 19/1646

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stellen bei der Landespolizei I – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 18 Tit. 422 01)
Drs. 19/1647

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stellen bei der Landespolizei II – Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 03 18 Tit. 428 01)
Drs. 19/1648

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Neubau eines Dienstgebäudes für die Polizeiinspektion Aschaffenburg
(Kap. 03 18 neuer Tit.)
Drs. 19/1649

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Sicherheitswachten
(Kap. 03 18 TG 76)
Drs. 19/1650

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stellen bei der Bereitschaftspolizei – Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 03 20 Tit. 422 01)
Drs. 19/1651